



## BESCHLUSSVORLAGE

**Fachamt/Antragsteller/in**

**Datum**

**Drucksachen-Nr.: - AZ:**

Kämmerei	08.02.2018	0850/18 - I/279
----------	------------	-----------------

### **Beratungsfolge:**

Gremium	Sitzungsdatum	Top	Abst. Ergebnis
Magistrat	19.02.2018		
Finanz- und Wirtschaftsausschuss			
Stadtverordnetenversammlung			

### **Betreff:**

**Jahresabschluss zum 31.12.2013**

### **Anlage/n:**

Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes der Stadt Wetzlar

Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Fa. Rödl und Partner

#### Anlagen zum Bericht

Jahresabschluss der Stadt Wetzlar

- Vermögensrechnung (Bilanz)
- Ergebnisrechnung
- Finanzrechnung
- Anhang
- Rechenschaftsbericht

### **Beschluss:**

1. Die Summe der Vermögensrechnung (Bilanzsumme) wird auf der Aktiv- und Passivseite mit 366.469.999,40 Euro festgestellt.
2. Die Jahresrechnung wird mit einem Fehlbetrag im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 9.260.288,27 Euro und einem Überschuss im außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 195.193,13 Euro festgestellt.
3. Der Rücklage Minneburg wird ein Betrag in Höhe von 2.500 Euro entnommen.

4. Die im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 in der Ergebnisrechnung gebuchten überplanmäßigen Mittel in Höhe von 561.309,94 Euro werden genehmigt.
5. Im Rahmen des Jahresabschlusses 2013 werden folgende Haushaltsreste in das Haushaltsjahr 2014 übertragen:
  - Ergebnishaushalt 588.133,86 Euro
  - Finanzhaushalt 11.131.839,30 Euro
6. Im Rahmen des Beschleunigungserlasses gelten zur Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 folgende Wertgrenzen:
  - Periodenabgrenzungen werden nach Buchungsschluss der Fachämter nur für wesentliche Sachverhalte vorgenommen. Unerhebliche Beträge bis 25.000 Euro und Abgrenzungen in den sog. Beschleunigungserlassjahren (bis 2013) werden nachträglich nicht gebucht.
  - nach Aufstellungsbeschluss erfolgen nur wesentliche Umbuchungen ab 50.000 Euro, wenn sich Auswirkungen auf das Ergebnis 2014 ergeben
  - keine Berichtigung der kreditorischen Debitoren und debitorischen Kreditoren
  - kein gesonderter Ausweis der Forderungen und Verbindlichkeiten der Eigenbetriebe, verbundenen Unternehmen und Beteiligungen.

Dem Magistrat wird für das Haushaltsjahr 2013 gemäß § 114 HGO Entlastung erteilt.

Wetzlar, den 08.02.2018

gez. Kratkey

## Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Wetzlar hat in ihrer Sitzung am 14.11.2007 gemäß § 92 Absatz 3 der Hessischen Gemeindeordnung den Grundsatzbeschluss zur Doppik gefasst. Im Zuge dessen wurde die Hauptsatzung der Stadt Wetzlar entsprechend angepasst. Seit dem 01.01.2009 wird die Haushaltswirtschaft entsprechend den Grundsätzen der doppelten Buchführung geführt.

Die Kommune hat gemäß § 35 GemHVO zu Beginn des ersten Haushaltsjahres mit einer Rechnungsführung nach den Regeln der doppelten Buchführung ein Inventar aufzustellen. Dies bedeutet, dass u.a. die Grundstücke, die Forderungen und Schulden, den Betrag des baren Geldes sowie die sonstigen Vermögensgegenstände genau zu verzeichnen sind und der Wert anzugeben ist.

Im § 38 Abs. 1 GemHVO ist geregelt, dass in der Vermögensrechnung (Bilanz) das Anlagevermögen und das Umlaufvermögen, die Sonderposten, die Rückstellungen, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten vollständig auszuweisen sind.

Die Eröffnungsbilanz der Stadt Wetzlar zum 01.01.2009 ist die erstmalige, vollständige Darstellung der Vermögenslage auf Basis der doppischen Rechnungslegung und bildet die Grundlage für alle zukünftigen Vermögensänderungen, sie wurde durch die Stadtverordnetenversammlung am 13.11.2013 festgestellt.

Die Stadt Wetzlar hat gemäß § 112 HGO (Hessischen Gemeindeordnung) für den Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen **Jahresabschluss** aufzustellen. Er besteht aus der Vermögensrechnung (Bilanz), der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung. Weiterhin ist dieser durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Dem Jahresabschluss sind als Anlage ein Anhang und eine Übersicht über die Haushaltsreste beizufügen (vgl. § 112 HGO, §§ 44 ff GemHVO).

Der von der Verwaltung erstellte Jahresabschluss ist als Anlage in den Prüfbericht der Fa. Rödl und Partner eingebunden.

### zu 1:

Die Veränderung des Eigenkapitals setzt sich wie folgt zusammen:

Bezeichnung	Betrag	Anmerkung
Ordentliches Ergebnis	-9.260.288,27 €	lt. Ergebnisrechnung 2013
Außerordentliches Ergebnis	+195.193,13 €	lt. Ergebnisrechnung 2013
Eigenkapitalberichtigungskonto	+2.191.036,58 €	vgl. u.g. Erläuterung Pos 1.1
Zinsen Sonderrücklagen	+176,65 €	Minneburg, Dori, Dalheim
<b>Gesamtbetrag</b>	<b>-6.873.881,91 €</b>	

Bezüglich der Aufstellung der Vermögensrechnung wird auf die Ausführungen des Anhangs, insbesondere Pkt. 1- Anhang und Pkt. 2 – Vermögensrechnung verwiesen.

Im außerordentlichen Ergebnis sind im Wesentlichen Grundstücksverkäufe enthalten, diese konnten in der Regel über dem in der Anlagenbuchhaltung enthaltenen Restbuchwert veräußert werden.

**zu 2:**

Im Jahresabschluss wird der fortgeschriebene Ansatz mit dem Ergebnis verglichen, weiterhin ist das Ergebnis des Vorjahres angegeben. Das Jahresergebnis beträgt - 9.065.095,14 Euro (vgl. Pos. 32.); es setzt sich aus dem ordentlichen Ergebnis in Höhe von -9.260.288,27 Euro und dem außerordentlichen Ergebnis in Höhe von 195.193,13 Euro zusammen.

Der fortgeschriebene Planungsansatz für das Jahr 2013 in Höhe von **-9.273.480,96 €** (vgl. Pos. 32) setzt sich wie folgt zusammen:

Jahresergebnis lt. Nachtragsplanung 2013	-8.243,770 €
Reste Vorjahr	468.401,02 €
Überplanmäßige Aufwendungen	561.309,94 €

Im Vergleich zum fortgeschriebenen Ansatz ergibt sich eine Ergebnisverbesserung von rd. 200 T€. Ertragsausfälle in Höhe von rd. 1,4 Mio. Euro (u.a. Steuererträge) stehen Aufwandsminderung von 790 T€ und eine Verbesserung des Finanzergebnisses von 630 T€ und das außerordentliche Ergebnis von 195 T€ gegenüber.

Systembedingt ist beim Vergleich Ansatz und Ergebnis zu beachten, dass Mehrerträge mit einem negativen Vorzeichen und Mindererträge ohne Vorzeichen dargestellt werden. Bei den Aufwendungen sind die Mehraufwendungen mit einem negativen Vorzeichen und die Minderaufwendungen ohne Vorzeichen dargestellt.

Bezüglich der Entwicklung einzelner Konten wird auf die Ausführungen im Anhang zur Ergebnisrechnung verwiesen.

**zu 3:**

Der Rücklage Minneburg werden gemäß Stiftungssatzung folgende Mittel für das Jahr 2013 entnommen:

- 1.500 Euro Jugendpreis Minneburg
- 1.000 Euro Notfonds Minneburg

**zu 4:**

Der Vorlage ist eine Übersicht der überplanmäßigen Aufwendungen des Jahres 2013 beigelegt. Im Ergebnishaushalt weist die Liste einen Gesamtbetrag von 561.309,94 Euro aus, darin ist u.a. ein Betrag in Höhe von rd. 320 T€ für höhere Aufwendungen im Bereich der Jugendhilfe enthalten.

Im Finanzhaushalt ergaben sich im Jahr 2013 bereits beschlossene überplanmäßige Auszahlungen in Höhe von 210.000 € für die Maßnahme Europabad (vgl. DRU 1319/13).

**zu 5:**

Der Magistrat hat in seiner Sitzung am 28.04.2014 die Haushaltsreste 2013 beschlossen. Die Vorlage einschließlich der Übersichten ist der Vorlage beigelegt.

Die Reste werden gemäß der Regelungen der Doppik nicht in das Ergebnis einbezogen, sie stehen im folgenden Haushaltsjahr als zusätzliche Ermächtigung zur Verfügung.

**zu 6:**

In dem sog. Beschleunigungserlass des Hess. Ministerium des Innern werden verschiedene Verfahrensweisen zur zügigen Aufstellung der rückständigen Jahresabschlüssen ermöglicht. In dem Erlass ist geregelt, dass die Kommune für ihre Verhältnisse angemessene Wertgrenzen für die Ermittlung und den Ausweis von Forderungen, Sonderposten und Verbindlichkeiten festlegen kann.

Insbesondere Umbuchungen erfordern einen hohen Arbeitsaufwand, so dass für diesen Bereich die im Beschluss genannten Wertgrenzen Anwendung finden.

Bezüglich der weiteren Anwendung von Vereinfachungsregelungen des Beschleunigungserlasses wird auf die Ausführungen zu Punkt 1 im Anhang verwiesen.

**zu 7:**

Das Rechnungsprüfungsamt hat zur Prüfung des Jahresabschlusses 2013 die Fa. Rödl und Partner beauftragt.

Im Rahmen dieser Prüfung wurde seitens der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt, das Rechnungsprüfungsamt hat diesen in seinem Prüfbericht bestätigt (vgl. Anlagen).

Der Beschluss über den Jahresabschluss ist gemäß § 114 Abs. 2 HGO öffentlich bekannt zu machen und an sieben Tagen öffentlich auszuliegen.

Der Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, der Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes und der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Fa. Rödl und Partner werden unverzüglich der Aufsichtsbehörde vorgelegt.